

## **Klimaschutz, Energiewende und Strukturwandel im Rheinischen Revier nachhaltig steuern**

–

### **Positionspapier der GRÜNEN Fraktion im Landtag NRW**

#### **Das Stromsystem der Zukunft: Klimafreundlich, nachhaltig und erneuerbar**

Wir Grüne wollen die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien – sowohl für den Strom- und Wärmebereich als auch im Verkehr. Denn dies trägt entscheidend dazu bei, die Klimaschutzziele Deutschlands und Nordrhein-Westfalens einhalten zu können und somit unsere Lebensgrundlage zu erhalten. Dafür müssen unser Stromsystem, unsere Wärmeversorgung und unsere Mobilität grundlegend neu gedacht werden. Die Stromversorgung steht aktuell dabei im Fokus der öffentlichen Diskussion.

Die Säulen der Stromversorgung in Deutschland werden Photovoltaik und Windenergie sein. Ergänzt werden muss diese mittel- bis langfristig von verschiedenen Speichertechnologien und Lastmanagement, um die fluktuierende Einspeisung dieser beiden Erneuerbaren Energien sinnvoll ergänzen zu können.

#### **Klimaschutz funktioniert nicht ohne Auslaufen der Braunkohleförderung**

In Deutschland gibt es basierend auf den Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls einen durch alle Bundesregierungen seit Jahren getragenen Konsens, die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 40 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 zu reduzieren. Alle Sektoren müssen zur Erreichung dieses Ziels beitragen – auch die Braunkohle im Rheinland. Deren Emissionen sind aber seit 20 Jahren unverändert hoch, während sie bei Steinkohlekraftwerken und Gaskraftwerken gesunken sind.

Um das Klimaschutzziel der Bundesregierung zu erreichen, hat der Bundeswirtschaftsminister einen Vorschlag gemacht, der der gesamten Energiewirtschaft einen Einsparbeitrag von 22 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> mit einer „Klimaschutzabgabe“ abverlangt.

Auf diesen haben 74 Stadtwerke mit einem Brief an den Minister reagiert: „Seit Bekanntwerden Ihres Vorschlags zum Klimaschutzbeitrag der deutschen Stromerzeugung findet eine ungewöhnlich heftige Debatte seitens einzelner Gewerkschaften und Unternehmen sowie verschiedener Bundesländer statt. Die sehr einseitige mediale Aufmerksamkeit spiegelt jedoch keinesfalls die Haltung der gesamten Energiewirtschaft wider. Mit diesem Brief möchten wir Ihnen versichern, dass die unterzeichnen-



den Vertreter von Stadtwerken und Regionalversorgern die von Ihnen skizzierten Pläne zur Erreichung des nationalen Klimaziels ausdrücklich unterstützen.“ Diese Auffassung der 74 Stadtwerke teilen wir.

Die Augen vor der notwendigen Energiewende zu verschließen, ist der Weg in die Klimakatastrophe. Wenn die Ziele der Bundesregierung eingehalten werden sollen, müssen die gesamte Energieversorgung, die Mobilität und die Gebäudetechnik bis 2050 klimaneutral sein. Die dann noch möglichen Emissionen müssen für jene industriellen Prozesse genutzt werden können, bei denen eine Umstellung auf klimaneutrale Abläufe nicht möglich ist. Schon bei den deutschen Klimaschutzzielen für 2020 ist klar geworden, dass besonders die Energiewirtschaft ihre Emissionen reduzieren muss. Im Jahr 2020 müssen in diesem Bereich mindestens 70 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr eingespart werden.

### **Das Stromsystem der Zukunft: Grundlastkraftwerke werden überflüssig**

Im Stromsystem der Zukunft wird nicht nur die Nachfrage die Einspeisung von Strom, sondern auch die Einspeisung von Erneuerbarem Strom die Nachfrage bestimmen. Auf dem Weg zu solch einem System haben die alten Grundlastkraftwerke der Vergangenheit immer weniger Platz. Sie werden zunehmend überflüssig, weil sie keine passende Ergänzung zu den fluktuierenden Erneuerbaren Energien bieten und extrem klimaschädlich sind. Dies gilt insbesondere für die alten Braunkohlekraftwerke. Stattdessen werden hochmoderne, flexible Gaskraftwerke benötigt, die die Einspeisung von Wind und Photovoltaik sinnvoll ergänzen können, bis Lastmanagement-Optionen und Speicher langfristig auch diese Aufgabe übernehmen. Aber gerade diese neuen Kraftwerke werden derzeit durch die unflexiblen Uralkraftwerke, die auf Vollast laufen, aus dem Markt gedrängt.

Wir werden nicht ad hoc aus der Braunkohleverstromung in Nordrhein-Westfalen aussteigen können. Dennoch ist für uns Grüne klar, dass ihr Auslaufen ab sofort geplant werden muss.

### **Folgen der Braunkohlenutzung für Menschen und Natur im Rheinischen Revier**

Die Braunkohle hat das Rheinische Revier in vielerlei Hinsicht über Jahrzehnte geprägt. Die drei großen Tagebaulöcher sowie der Kraftwerkspark dominieren das Bild der Region. Heute, morgen und noch in Hunderten von Jahren:

So wurden beispielsweise bereits mehr als 40.000 Menschen umgesiedelt und somit ihrer Heimat und dörflichen Strukturen beraubt. Das Abbaggern der Braunkohle in Tagebauen zerstört unwiederbringlich die Natur, vom jahrhundertealten Baumbestand bis zur landwirtschaftlichen Fläche. Lärm und Feinstaub beeinträchtigen insbesondere die am Tagebau lebenden Menschen.

Die Luftbelastungen bedeuten gesundheitliche Risiken für die Anwohnerinnen und Anwohner. Aktuell werden im Rheinischen Braunkohlerevier noch regelmäßig Überschreitungen der Grenzwerte insbesondere bei Feinstaub und Stickstoffdioxid gemessen, auch wenn sich die Situation in den letzten Jahren durch die angestoßenen Aktions- und Luftreinhaltepläne verbessert hat. Um die Immissionssituation aber weiter dauerhaft zu verbessern, wurde jetzt die gebietsbezogene Gesamtstrategie als umfassendes Konzept mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket für das gesamte Braunkohlerevier erstellt.

Ein hohes gesundheitliches Risiko für uns alle geht zudem von rund 1500 Kilogramm Quecksilber aus, die von den Braunkohlekraftwerken in NRW jährlich ausgestoßen werden.

Der Tagebau hat jedoch nicht nur Umweltfolgen für die unmittelbar vom Abbau betroffene Fläche. Die für den Abbau notwendige Absenkung des Grundwasserspiegels um mehr als 460 Meter wirkt sich negativ auf die Feuchtgebiete sowie Flüsse der Region aus und ruft Bergschäden in einem großen Umkreis hervor.

Zu diesen massiven Folgen des Braunkohletagebaus kommen viele ungeklärte Fragen hinzu, auf die noch Antworten zu finden sind: Die Wasserqualität der Restseen, die Standsicherheit der Böschungen sowie die Auswirkungen des Grundwasserwiederanstiegs für die Region müssen endlich umfassend untersucht und transparent gemacht werden.

### **Neue Leitentscheidung aufgrund der Veränderung der energiepolitischen Grundannahmen**

Die Braunkohleförderung und alle damit verbundenen Probleme wurden in der Vergangenheit damit gerechtfertigt, dass der Braunkohlestrom für die Versorgungssicherheit Deutschlands notwendig war. Diese Notwendigkeit ist heute angesichts des voranschreitenden Ausbaus der Erneuerbaren Energien so nicht mehr gegeben. Daher ist der Beschluss über die Verkleinerung des Tagebaus Garzweiler II im Jahr 2014 folgerichtig. Der Abbau im Rheinischen Revier ist unter der Prämisse der energiewirtschaftlichen und energiepolitischen Notwendigkeit genehmigt worden.

Mit der neuen Leitentscheidung zu Garzweiler II wird erstmals in der Geschichte die Verkleinerung eines Braunkohletagebaus auf den Weg gebracht. Etwa 1400 Menschen in Holzweiler, Dackweiler und auf dem Hauerhof wird damit eine Umsiedlung erspart. Auf Basis des Koalitionsvertrages und der dort genannten energie- und klimapolitischen Ziele sieht die Landesregierung die Notwendigkeit, eine neue Leitentscheidung zur Braunkohlepolitik zu erarbeiten, um dem Rheinischen Braunkohlerevier eine langfristige Perspektive für den Zeitraum nach 2030 zu bieten. In der neuen Leitentscheidung sollen vor allem die Reduzierung der Kohlefördermengen, eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, eine Effizienzsteigerung und Flexibilisierung der Braunkohleverstromung und des Kraftwerkparks sowie ein Ausbau der Erneuerbaren Energien im Rheinischen Braunkohlerevier betrachtet werden.

### **Alternative Nutzungen der Braunkohle: Klimaschädlich und rückwärtsgewandt**

Für die Verwendung der Braunkohle zu anderen Zwecken als der energetischen Nutzung wie beispielsweise zur stofflichen Verwendung in der chemischen Industrie wäre aus unserer Sicht ein neues Genehmigungsverfahren notwendig. Wird die Braunkohle also nicht mehr für die Stromerzeugung gebraucht, muss sie bleiben, wo sie ist – im Boden. Mit einer Nutzung der Braunkohle in der chemischen Industrie kann und darf ein Braunkohleabbau nicht begründet werden. Der Versuch, die in der Stromerzeugung nicht mehr benötigte Braunkohle der Chemieindustrie anzudienen, hat aus ökonomischen und ökologischen Gründen keine reale Perspektive. Braunkohle ist ein unattraktiver Rohstoff für die chemische Industrie. Er ist schwermetallbelastet, heterogen, fest und feucht. Im Vergleich zum in der chemischen Industrie gebräuchlichen Erdöl sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen für die stoffliche Nutzung von Braunkohle doppelt so hoch. Nicht zuletzt auch aus Klimaschutzgründen muss auf lange Sicht eine Alternative zum Erdöl gefunden werden.

## **Strukturwandel im Rheinischen Revier ermöglichen statt Ängste zu schüren**

Die im Rheinischen Braunkohlerevier begonnene Untergangsdebatte ist unangemessen. Über 100.000 Arbeitsplätze sollen in einer Branche gefährdet sein, die deutschlandweit etwa 20.000 Beschäftigte hat.

Wenn bei RWE Arbeitsplätze gefährdet sind, so liegt das nicht an der aus Klimaschutzgründen notwendigen Energiewende, sondern an großen strategischen Fehlern der Unternehmensleitungen. Sie haben die Erneuerbaren Energien erst verspottet, dann ignoriert und zum Schluss verschlafen. Milliardengewinne aus der Braunkohle wurden - statt sie in zukunftsfähige Technologien und Arbeitsplätze in der Region einzusetzen - im In- und Ausland im Abfall-, Wasser-, und Gasgeschäft fehlinvestiert. Geblieben sind ein gigantischer Schuldenberg und die Sorge, ob der Konzern in der Lage ist, für seine Altlasten bei Atom, Stein- und Braunkohle aufzukommen.

Im Rheinischen Revier sind noch etwa 10.000 Menschen direkt in der Braunkohlewirtschaft beschäftigt. Für diese Menschen gilt es, den Wandel sozialverträglich zu gestalten. Hierfür bietet der Vorschlag der Klimaschutzabgabe von Minister Gabriel einen interessanten Ansatz. Anders als oft dargestellt, bedeutet der Vorschlag nicht, dass Uralkraftwerke stillgelegt werden müssen. Er gibt dem Unternehmen die Möglichkeit, die Nutzung der Uraltblöcke nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten flexibel zu steuern und einzusetzen.

Während in der Braunkohle perspektivisch gesehen Arbeitsplätze wegfallen, können durch gezielte Ansiedlungspolitik neue Arbeitsplätze entstehen, zum Beispiel durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien, durch neue, hochflexible Gaskraftwerke sowie Kraft-Wärme-Kopplung und Umwelttechnik. Damit dieser Strukturwandel gelingt, müssen schon heute die nötigen Schritte eingeleitet werden. Ein Verharren in überkommenen Denk- und Handlungsmustern und der Versuch, die Förderung der Braunkohle über den vereinbarten Zeithorizont hinaus zu verlängern, wird den Strukturwandel nur behindern und die Betroffenen im Unklaren lassen.

Seit 2010, dem Beginn der Regierungsbeteiligung der Grünen, hat die Landesregierung mit der Innovationsregion Rheinisches Revier einen besonderen Fokus auf die Region gerichtet.

Das Rheinische Revier ist nicht nur Industriestandort, sondern eine in Deutschland einzigartige Wissens- und Bildungsregion. Mit zwei Exzellenzuniversitäten, dem Forschungszentrum in Jülich, vielen weiteren Forschungseinrichtungen und Hochschulen in Aachen, Düsseldorf, Köln, Mönchengladbach und Bonn besteht im Rheinischen Revier ein dichtes Netz an wissenschaftlichen Einrichtungen. Das ist eine hervorragende Voraussetzung auch für eine auf Energiewende und Klimaschutz fokussierte Forschung. So können neue Innovationen und Dienstleistungen generiert werden, die einem nachhaltigen Strukturwandel zugutekommen.

### **Strukturwandel im Braunkohlerevier: Fehler des Steinkohlereviers nicht wiederholen**

Bei objektiver Betrachtung ist das Unvermeidliche klar: Der Zenit der Braunkohle ist überschritten, das Auslaufen der Braunkohleverstromung wird eingeleitet. Neue Kraftwerke passen nicht in die veränderte Stromerzeugungslandschaft, auch wenn einige der zuletzt gebauten sich noch längere Zeit am Markt behaupten. In Wirklichkeit geht es um die Gestaltung des geordneten Ausstiegs. Der Anpassungsprozess muss wie in der Steinkohle sozialverträglich und ohne Entlassungen durchgeführt werden.

Ein Blick zurück auf die Diskussion um das Ende der Steinkohle zeigt: Solange die Illusion des dauerhaften Steinkohlebergbaus erhalten werden musste, war es zum Beispiel nicht möglich darüber zu reden, ob die Flächen der laufenden Bergwerke für neue Ansiedlungen zur Verfügung stehen. Erst mit der Festlegung des Ausstiegs aus der Steinkohleförderung in Deutschland für das Jahr 2018 war die Diskussion darüber erfolgreich, wie auf diesen Flächen neue Arbeitsplätze entstehen können. Solchen unnötigen Zeitverlust im Strukturwandel wollen wir in der Braunkohle verhindern.

### **Für einen Innovationspark „Zukunft Frimmersdorf“**

Deswegen plädieren wir dafür, gemeinsam mit der Kommune Grevenbroich, dem Unternehmen RWE und auch mit finanzieller Unterstützung des Landes unverzüglich mit den Planungen für ein Gewerbegebiet auf dem Standort des Kraftwerkes Frimmersdorf zu beginnen. Dort stehen rund 70 Hektar Fläche zur Verfügung. Von den vorhandenen 13 Kraftwerksblöcken sind 11 Blöcke bereits stillgelegt. Die beiden noch laufenden Blöcke sind fast 50 Jahre alt und haben die wenigsten Betriebsstunden aller Kraftwerksblöcke im Rheinischen Revier.

Das Land sollte in Abstimmung mit der Kommune und dem Unternehmen die Planungen für den Gewerbegebiet „Zukunft Frimmersdorf“ aus Mitteln der Innovationsregion Rheinisches Revier kurzfristig einleiten. Wenn alle Beteiligten diese Planungen als Chance begreifen und unterstützen, könnten dort in wenigen Jahren erste neue Betriebe angesiedelt werden. Es entstehen für die in der Braunkohle wegfallenden Arbeitsplätze neue zukunftsfähige Arbeitsplätze in der Region. Das wäre ein Beitrag zum Gelingen des Strukturwandels im Rheinischen Revier.

### **Kurz und knapp: Die wichtigsten Punkte**

- Die GRÜNE Landtagsfraktion ist der Auffassung, dass zur Erreichung des nationalen Klimaschutzziels bis 2020 die Energiewirtschaft einen entscheidenden Beitrag leisten muss. Der Vorschlag einer Klimaschutzabgabe ist hierfür zielführend.
- Wir werden nicht von heute auf morgen aus der Braunkohleverstromung in Nordrhein-Westfalen aussteigen können. Dennoch ist für die GRÜNE Landtagsfraktion klar, dass das Auslaufen der Braunkohleförderung und -verstromung ab sofort geplant werden muss.
- Die GRÜNE Landtagsfraktion wird sich dafür einsetzen, dass Ewigkeitslasten nach dem Auslaufen der Braunkohleverstromung nicht der Gesellschaft aufgebürdet werden. RWE Power muss die Rücklagen für Rückbau und Rekultivierung offenlegen.
- In der stofflichen Nutzung der Braunkohle für die chemische Industrie sieht die GRÜNE Landtagsfraktion keine Zukunft, denn die negativen Auswirkungen der Braunkohlenutzung auf das Klima bleiben auch hier. Zudem darf diese nicht eine Braunkohleförderung begründen.
- Vor dem längst fälligen Strukturwandel im Rheinischen Revier dürfen nicht länger die Augen verschlossen und die Fehler des Steinkohlereviers wiederholt werden. Daher schlägt die GRÜNE Landtagsfraktion vor, unverzüglich mit den Planungen eines Innovationsparks „Zukunft Frimmersdorf“ auf dem Standort des Kraftwerkes Frimmersdorf zu beginnen.